

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XXV/44

Bonn, den 6. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Sozialer Wohnungsbau - wieder aufsteigende Tendenz 86

Zum Haushalt des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen

Von Hedwig Meermann, MdB

3 Werner Jacobi † 42

Von Dr. Lauritz Lauritzen,
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen

4 Fernsehen am Sonntag-Nachmittag 35

Von Dr. Hans Apel, MdB

AN H A N G

1 - 3 Trennt sich die CSU von der CDU? 137

Wir gehen innenpolitisch interessanter Zeiten entgegen

Von Wolfgang Jansen,
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Sozialer Wohnungsbau - wieder aufsteigende Tendenz

Zum Haushalt des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen

Von Hedwig Meermann, MdB

Der dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorliegende Haushaltsentwurf des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen ist gegenüber 1969 von 1.520 Millionen DM auf 2.027 Millionen DM, also um ein beachtliches Drittel, gestiegen. Da es sich zum Teil um zwangsläufige Mehrausgaben handelt, wurde er von der Konjunktursperre weniger eingeeengt als manche anderen Haushalte.

Erfreulicherweise zeigt der Gesamtverpflichtungsrahmen für den sozialen Wohnungsbau zum erstenmal seit Jahren wieder eine aufsteigende Tendenz. Die größten Steigerungen finden sich aber bei den Wohnungsbauprämien und beim Wohngeld, die bekanntlich je zur Hälfte vom Bund und den Ländern getragen werden.

Das starke Anwachsen der Wohnungsbauprämien von 580 auf 860 Millionen DM beim Bund dürfte u. a. darauf zurückzuführen sein, daß sich in diesem Haushaltsjahr zum erstenmal die Zusatzprämie auswirkt, die den Empfängern kleiner bis mittlerer Einkommen gewährt wird. (Sie beträgt 30 Prozent der Grundprämie für Ledige bis zu einem Jahreseinkommen von DM 6.000,-- und Verheiratete bis zu einem Jahreseinkommen von DM 12.000,--, jeweils zuzüglich der Freibeträge.) In diesem Zusammenhang ist das Ergebnis von Stichprobenerhebungen des Verbandes der privaten Bausparkassen in Bonn interessant, wonach etwa ein Drittel der Bausparer, die Wohnungsbauprämien erhalten, auch Anspruch auf Zusatzprämien hat. Ein Beweis für den Sparwillen der jungen Leute, aber auch anderer Bevölkerungskreise, denen das Sparen sicher nicht immer leicht fällt. Ein Beweis aber auch dafür, daß es allerhöchste Zeit war, die Sparförderung endlich nach sozialen Gesichtspunkten zu staffeln.

Sozialhilfeempfänger einbezogen

Beim Wohngeld sieht der Bundeshaushalt eine Steigerung von 290 auf 500 Millionen DM vor. Hierbei ist berücksichtigt, daß nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes auch die Sozialhilfeempfänger Anspruch auf Wohngeld haben. Dieser Teil der Unterkunftshilfe wird also künftig nicht mehr von den Gemeinden, sondern gemeinsam von Bund und Ländern getragen. Damit ist einem Anliegen entsprochen, das die SPD-Bundestagsfraktion schon bei der Beratung des Wohngeldgesetzes vertreten hat. Zwar werden die Sozialhilfeempfänger durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nicht mehr Geld zur Verfügung haben. Sie haben aber die Gewißheit, daß das Wohngeld nicht Rückerstattungspflichtig ist.

Der im Haushalt vorgesehene Betrag läßt aber auch noch Raum für Verbesserungen der Wohngeldleistungen. Zurzeit bereitet der Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen, Dr. Lauritz Lauritzen, eine Novelle vor, die in den nächsten Wochen dem Kabinett vorgelegt wird. Dadurch soll das Wohngeldgesetz, das Familien und Alleinstehenden mit

geringem Einkommen angemessenen Wohnraum zu tragbaren Wohnkosten sichert, den veränderten Verhältnissen von Einkommen, Mieten und Belastungen für das eigene Haus angepaßt werden. Außerdem soll das immer noch recht komplizierte Verwaltungsverfahren vereinfacht werden. Allerdings bewegt sich der Verwaltungsaufwand auch heute nicht in den astronomischen Zahlen, die in der Vergangenheit gelegentlich genannt wurden. Im Jahre 1968 betrug er bei einer Durchschnittsleistung von DM 600,- je Wohngeldempfänger DM 36,70 = 6 Prozent; er dürfte sich inzwischen weiter verringert haben.

Für den Wohnungsbau für ältere Menschen sind auch in diesem Jahr wieder 40 Millionen DM vorgesehen. Es läßt sich aber unschwer voraussetzen, daß dieser Betrag im Jahr 1970 kaum, in den folgenden Jahren ganz sicher nicht ausreichen wird. Daher wird zu überlegen sein, wie er aus anderen Mitteln ergänzt werden kann. Auf jeden Fall wird dieser Personenkreis in dem langfristigen Wohnungsbauprogramm, das der Minister aufstellen wird, seinen besonderen Platz haben müssen. Die Sondermittel für den Altenwohnungsbau sind übrigens keineswegs nur für Heime oder Altsiedlungen gedacht, sondern auch für altersgerechte Wohnungen innerhalb normaler Siedlungen. Das ist insbesondere bei den Gemeinderäten und Aufsichtsratsmitgliedern von Wohnungsbaugesellschaften in kleinen und mittleren Städten offenbar noch nicht genügend bekannt. Sonst dürfte es eigentlich nicht mehr vorkommen, daß auch in neuen Wohnblocks nur die unbequemerer Wohnungen unter dem Dach für ältere Alleinstehende vorgesehen werden.

Mehr Mittel für Forschung

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die für den Forschungsbereich benötigten Mittel von 1,7 auf 5 Millionen DM erhöht wurden. Das ist immer noch wenig im Vergleich zu dem, was andere Länder mit fortschrittlichem Wohnungsbau, z.B. die Schweiz, seit Jahren für die Bauforschung ausgeben. Aber es ist viel im Vergleich zu den 800.000 DM, die Dr. Lauritzen bei seinem Amtsantritt vor drei Jahren in diesem Titel vorfand. Die Politik seiner Vorgänger war fast ausschließlich auf die unmittelbare Bedarfsdeckung ausgerichtet. Dabei sind sich die Fachkreise seit Jahren darüber einig, daß moderner Wohnungsbau ohne die fruchtbare Wechselwirkung zwischen Praxis und Forschung nicht mehr denkbar ist. Es geht nicht nur um die Entwicklung kostensparender Techniken, sondern auch darum, das Wissen über den Bewohner und das Wohnen zu verstärken und den immer enger werdenden Zusammenhang zwischen Mensch - Wohnung - Umwelt - Stadt zu berücksichtigen.

Aus dem Forschungstitel werden auch die Zuschüsse zu den elf Wohnberatungsstellen gezahlt, die im übrigen teils aus städtischen, teils aus Landesmitteln erhalten werden. Nicht überall genießen sie die Beachtung, die sie verdienen und fast alle haben mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Vielleicht geben diese Haushaltsbetrachtungen dem einen oder anderen Landes- oder Kommunalparlamentarier Anlaß, sich in "seiner" Wohnberatung etwas näher umzusehen?

- + +

Werner Jacobi †

Von Dr. Lauritz Lauritzen,
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen

Mit Werner Jacobi haben wir einen Freund verloren. Mit ihm tritt ein Politiker und Mensch ab, der zeitlebens seine Erfüllung in der Arbeit für seine Mitmenschen fand.

Durch sein eigenes Schicksal ist er ein Symbol für die tragische und dunkle Geschichte unseres Volkes, aber auch für den Mut und die Kraft, die Sozialdemokraten hatten, sich in finsternerer Zeit zu bekennen. Seinen Mut mußte er mit acht Jahren KZ-Aufenthalt bezahlen. Sein Tod nach schwerer Krankheit ist eine Folge dieser Verfolgung.

Er, der bereits 1923 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beitrat, der den Republikanischen Studentenbund 1927 mitbegründet hat, konnte nicht gebrochen werden. Nach 1945 hat er sich sofort wieder zur Verfügung gestellt: Als Landrat und Oberbürgermeister in Iserlohn, als Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags und als Vorsitzender des Verfassungsausschusses half er die politischen Grundlagen des Landes zu legen.

Er, der sich stets der Kommunalpolitik besonders verpflichtet fühlte, der in der Arbeit für den Bürger seine ganze Erfüllung sah, hat sich auch im Deutschen Bundestag, dem er von der ersten Stunde angehörte, besonders um die innere Ausgestaltung der jungen Bundesrepublik gekümmert.

Er hat sich damit eine Aufgabe gewählt, die er meisterhaft und mit innerer Hingabe erfüllte.

Durch seine Überzeugungskraft als wohnungspolitischer Sprecher unserer Partei und ihrer Fraktion im Deutschen Bundestag sind seine und unsere Vorstellungen für einen sozialen Wohnungsbau in die Gesetzgebung der Vergangenheit auch von der Opposition eingebracht und mit der ihm angeborenen Zähigkeit und Beharrlichkeit durchgesetzt worden. Durch sein Wirken hat er erreicht, daß die Wohnungs- und Städtebaupolitik als wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe unserer Zeit erkannt und anerkannt wurde.

In den Jahren, seit ich für die sozialdemokratische Partei in der Regierung die Verantwortung für die Städtebau- und Wohnungspolitik übernahm, war er mir ein Partner, der mir wertvolle Unterstützung gewährte. Zugleich gab er ein Beispiel für die Zusammenarbeit in unserer Partei.

Im Wohnungswesen ist durch ihn viel erreicht worden. Noch mehr konnte den Bürgern durch seine Hartnäckigkeit erspart werden. Wir sind stolz auf das, was er geleistet hat. Uns wird er fehlen, denn für die großen Aufgaben im Städtebau, das Städtebauförderungsgesetz, dem zuletzt seine ganze Aufmerksamkeit galt, hätten wir seine Hilfe sehr nötig gehabt.

Er hat ein Erbe hinterlassen, das in seinen Freunden weiterleben wird. Wir werden ihn am besten ehren, wenn wir auf seinem Weg weiter-schreiten.

Fernsehen am Sonntag-Nachmittag

Von Dr. Hans Apel, MdB

Während ich mich am Sonntag-Nachmittag von den vielfältigen Anstrengungen der Bonner Sitzungswoche mittels eines Mittagsschlafes erhole, sitzen meine Kinder vor dem Fernsehapparat. Das schlechte Wetter während der Wintermonate und die Bitte der müden Eltern, doch schön ruhig im Hause zu sein, läßt ihnen auch kaum eine andere Wahl.

Außerdem fängt das Programm ja auch recht vielversprechend an. Auf Flipper folgt Tommy Tulpe. Man ist auf den Spuren seltener Tiere. Doch dann wechselt meist abrupt die Ton- und Gangart. Amerikanische Westernserien und ähnliches bringen so ab 15.30 Uhr Mord und Totschlag in unsere Wohnstuben. Da wird nicht nur kurz und schmerzlos mit Pistole, Gewehr oder harter Männerfaust "umgelegt", wie das meine fünfjährige Tochter treffend nennt. Gemeinheiten und Brutalität werden ebenso eingebaut wie tiefende Treue und labende Liebe.

Dann beginnt bei uns Sonntag für Sonntag der Streit mit meinen Kindern. Denn ich bestehe darauf, daß der Kasten ausgedreht wird. Sie dagegen wollen gerade diese Serien um jeden Preis sehen. Sie spielen dann ja auch mit ihren Freunden "Am Fuß der blauen Berge" und ähnliches weiter. So sehr beschäftigt sie gerade diese Fernseh-Erfahrung.

Mich interessiert, ob die Bundesregierung in der Lage ist, ein Urteil darüber abzugeben, wie sich diese sonntäglich mehrfach frei Haus gelieferte Brutalität auf die Psyche der Kinder und Heranwachsenden auswirkt. Denn es ist illusionär zu fordern, die Eltern sollten nachmittags bei diesen Sendungen abschalten. Besser wäre es dann schon, diese Art von Serien, wenn überhaupt, in die Abendstunden zu legen. Obwohl es dort bereits an Krimis und Verwandtem nicht mangelt.

Ich wundere mich, daß sich unsere vielfältigen Fernsehräte bisher noch nicht stärker über diesen Tatbestand erregt haben. Ich nehme nicht an, daß sie alle keine Kinder haben und sich noch länger dem sonntäglichen Mittagsschlaf hingeben als ich. Es mag natürlich sein, daß diese Art von Programmgestaltung unabdingbar ist, für sie ökonomische und andere Gründe sprechen. Dann werde ich wohl in Zukunft auf meinen Mittagsschlaf verzichten und meinen Verpflichtungen auch sonntags zwischen 14 und 16 Uhr nachkommen müssen. Meiner Liebe und Hochachtung gegenüber der ARD und dem ZDF wird das sicherlich nicht dienlich sein.

+ + +

A N H A N G

Trennt sich die CSU von der CDU?

Wir gehen innenpolitisch interessanten Zeiten entgegen

Von Wolfgang Jansen,
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Gründung eines Landesverbandes der CSU-Freundeskreise in Nordrhein-Westfalen hat die Öffentlichkeit aufhorchen lassen. Tatsächlich ist sie und ist das, was in anderen Bundesländern folgen soll, nur das Ende einer seit langem sich vollziehenden Entwicklung. Läuft sie auf die endgültige Trennung der Unionsparteien hinaus, wird aus der bayerischen eine Bundes-CSU? Die Frage ist einer gründlichen Prüfung wert, die sich nicht nur auf die Gründung der "Freundeskreise" stützen kann.

Die Eigenständigkeit der CSU ist ein Relikt aus der Zeit nach dem Kriege, in der zunächst Parteien nur auf lokaler oder regionaler Ebene gegründet werden konnten. Während sich in der folgenden Phase alle übrigen Unions-Gründungen zur Bundespartei zusammenschlossen, blieb die CSU für sich. Dies hatte in einer Zeit, in der das Unionsprogramm faktisch nur aus zwei Worten, den Worten "Konrad Adenauer" nämlich, bestand, umso weniger zu bedeuten, als auch in der CDU die Machtverteilung zwischen Bundespartei und Landesorganisationen eindeutig zu Lasten der Bonner Zentrale ging. Wie bedeutungslos in Bonn die bayerische Eigenstellung angesehen wurde, geht auch daraus hervor, daß die SPD während der ersten vier Legislaturperioden trotz schärfster Opposition niemals ihre Zustimmung zum Zusammenschluß der Abgeordneten von CDU und CSU zu einer Fraktion versagte.

Nutzen aus der Doppelrolle

Je mehr aber der Stern Adenauers zu sinken begann, umso mehr änderte sich auch das Verhältnis der beiden Parteien. Das begann in der IV. Legislaturperiode ganz harmlos-schlitzohrig. Als zum Beispiel über die Verteilung staatlicher Mittel befunden wurde, setzte die CDU/CSU durch, daß als Richtwert einerseits die Zahl der Abgeordneten genommen wurde, für die Grundausrüstung in Form eines Sockelbetrages aber nicht, wie dies wegen der Mandatszähl als Berechnungsbasis logisch gewesen wäre, die Fraktionen, sondern die Parteien, so daß die politisch einheitlich auftretende CDU/CSU in den Genuß einer d o p p e l t e n Grundausrüstung kam. Ähnlich ging es bei der Zuteilung von Fernsehzeiten bei Wahlkämpfen zu. Die CSU erhielt gesonderte Zeiten, obwohl ihre Abgeordneten von Hessen bis Hamburg gar nicht wählbar waren.

Diese Zwiesichtigkeit veranlaßte 1965 die SPD, der Fraktionsgemeinschaft aus CDU und CSU nicht mehr zuzustimmen und ihren Vor-

sitzenden Fritz Erler zu der öffentlichen Aufforderung, die CDU/CSU möge sich endlich erklären, ob sie nun eins oder zwei sein wolle. In diese Zeit fällt auch der Aufbau einer eigenen Pressestelle der CSU-Landesgruppe, die sich freilich zunächst als Filiale der Münchner Landesleitung verstand und nur sporadisch in Erscheinung trat.

Um politischen Einfluß bemüht

Diese zweite Phase der Beziehungen endete deutlich sichtbar während der Regierungskrise 1966, als die CSU bei der Suche nach einem Erhard-Nachfolger ihre Stimmen nach einem Beschluß der Partei in München als Block in die Waagschale warf und damit den Außenseiter Kiesinger an dem von der Mehrheit der Schwester-Partei favorisierten Dr. Schröder vorbei auf den Kanzlerstuhl katapultierte.

Seitdem ist die Landesgruppe zunehmend auch um politischen Einfluß bemüht. So kam Barzel zu keiner Verhandlung ohne Stücklen, und bei Parlamentsdebatten sprach als vierter Redner stets ein CSU-Mann, der offiziell die zweite Runde eröffnete, im eigenen Selbstverständnis aber als Schlußmann der ersten Runde galt.

Nach der Bundestagswahl von 1969 nahm diese Entwicklung galoppierende Züge an. Bei allen Aktivitäten von CSU-Abgeordneten blieb die offizielle Fraktionspressestelle ausgeschaltet. Sie werden bis hin zu mündlichen Anfragen von der Pressestelle der CSU-Landesgruppe publiziert. Ihr verdanken wir auch die Kenntnis, daß die Landesgruppe eigene Arbeitskreise mit eigenen Vorsitzenden neben den offiziellen Fraktionsarbeitskreisen etabliert hat. Aktivitäten, die auf den Bundestagsdrucksachen als Gruppeninitiativen "der Abgeordneten Stücklen, Strauß und Genossen" erscheinen, werden von der Pressestelle ganz ungeniert als solche der "CSU-Landesgruppe" bezeichnet. Vorläufiger Höhepunkt war die Mitteilung, die CSU-Landesgruppe werde neben dem von der Fraktion der CDU/CSU zu erwartenden Entwurf eines Städtebauförderungsgesetzes einen abweichenden eigenen Entwurf einbringen. Die Abgeordneten "Stücklen, Strauß und Genossen" werden also, wenn diese Ankündigung verwirklicht werden sollte, je und je als Fraktions- oder Landesgruppenmitglieder zwei unterschiedliche Gesetzentwürfe vertreten, wodurch es dem Betrachter schwer wird, sich der Assoziation der Bewußtseinsspaltung zu entziehen. Man fragt sich, ob überhaupt noch von einer einheitlichen Fraktion ausgegangen werden kann.

Fraktionseigenschaft zweifelhaft

Nach § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sind Fraktionen "Vereinigungen von mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die aufgrund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen". Im Absatz 4 des gleichen Paragraphen findet sich eine Vorschrift über Gruppen, die aber auf die CSU nicht anwendbar ist. Als "Gruppe" können nämlich nur anerkannt werden "Mitglieder des Bundestages, die sich zusammenschließen, ohne damit Fraktionsstärke zu erreichen". Die somit erforderliche Obergrenze - weniger als Fraktionsstärke, also weniger als fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages - wird aber von den 50 Abgeordneten der CSU um das Doppelte überschritten.

Legt man den Maßstab des § 10 der GO an, so muß die Fraktions-

eigenschaft des Zusammenschlusses von CDU und CSU bezweifelt werden, weil Tatsachen vorliegen, die dem genannten Kriterium "gleichgerichteter politischer Ziele" eindeutig widersprechen.

Hierhin gehören in erster Linie die eingangs erwähnten Freundeskreise. Wenn CDU und CSU "gleichgerichtete politische Ziele" verfolgen würden, so wäre überhaupt nicht einzusehen, warum sich Frauen und Männer außerhalb Bayerns nicht der dort vorhandenen CDU anschließen, sondern in ganz offenkundigem Gegensatz zu ihr die Freundschaft zu einer nur in Bayern existenten Partei bekunden. Das gleiche gilt für die Tatsachen der Existenz eines eigenen Vorstandes, Sekretariats, einer eigenen Pressestelle und eigener Arbeitskreise. Solche Einrichtungen sind Hilfsmittel zur Erreichung politischer Ziele und es ist schlechterdings unsinnig, am gleichen Ort und im gleichen Haus die gleichen Hilfsmittel doppelt zu unterhalten, wenn die gesetzten Ziele "gleichgerichtet" sind. Mit anderen Worten: Die Existenz sowohl der "Freundeskreise" als auch eines ausgewachsenen Fraktionsapparates beweisen klar, daß vom Kriterium "gleichgerichteter Ziele" bei der CDU und CSU nicht mehr gesprochen werden kann.

Allerdings wird man diesen offenkundigen Dissens von der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zwar konstatieren und beanstanden, aber voraussichtlich nirgendwo mehr einklagen können. Geschäftsmäßig spielt die Stärke der Fraktionen nur bei der "Zusammensetzung des Ältestenrates und der Ausschüsse sowie der Regelung des Vorsitzes in den Ausschüssen" eine Rolle, und hier würde sich keine Änderung ergeben, gleichgültig, ob CDU und CSU nun eine oder zwei Fraktionen bilden. Es gibt aber noch ein zusätzliches interessantes Moment.

Mittel im Kampf um die Spitze

Bekanntlich wird sich die CDU für die nächsten Bundestagswahlen einen neuen Spitzenkandidaten suchen müssen, denn außer ihm selbst glaubt kaum jemand ernstlich, daß dieser noch einmal Kiesinger heißen wird. Beim gegenwärtigen Sachstand kann dieser Spitzenkandidat - Barzel und Stoltenberg hocken derzeit in den Startlöchern - nicht Franz Josef Strauß heißen. Denn eine CDU, die mit einem ihr gar nicht angehörenden Vorsitzenden einer anderen Partei an der Spitze in den Wahlkampf ziehen müßte, würde sich wie der sprichwörtliche Hund verhalten, mit dem der Schwanz wackelt. Will Strauß aber an die Spitze gelangen - und wer zweifelt daran? - dann hat er vier Möglichkeiten:

- * 1. Er gibt die Eigenständigkeit der CSU auf und überführt sie in die CDU, um nun als deren Mitglied an die Spitze zu kommen.
- * Aus psychologischen Gründen erscheint diese Lösung undiskutabel.
- * 2. Er könnte die CSU völlig von der CDU lösen, das Netz der Freundeskreise als Skelett einer eigenen bundesweiten Partei nutzen und von da aus den Sprung an die Regierungsspitze versuchen. Für diese Möglichkeit spricht einiges.
- * 3. Er könnte den gegenwärtigen Zustand als "fleet in being" betrachten und als "stick behind the door", als Druckmittel also, um der CDU seinen Willen aufzuzwingen.
- * 4. Die vierte Möglichkeit ist eine Kombination der Möglichkeiten 2. und 3. Sie schließt die Frage ein, wie lange die CDU die Möglichkeit 3. mitspielen wird und wann der Zeitpunkt gekommen ist, da die CDU ein Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzieht und die CSU veranlaßt, von der Möglichkeit 3. auf die Möglichkeit 2. umzuschalten.

Wir gehen interessanten Zeiten entgegen.